

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 09.02.2010

Betriebsratswahlen 2010 - Mitbestimmungsrechte in der Krise nutzen - Demokratie verwirklichen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

In der Zeit von März 2010 bis Mai 2010 finden in tausenden Betrieben in ganz Deutschland Betriebsratswahlen statt. Diese Wahlen bergen die Chance für eine starke Interessenvertretung der Beschäftigten. Eine hohe Wahlbeteiligung der Beschäftigten sichert innerbetriebliche Demokratie und fördert den unternehmerischen Erfolg des Betriebes.

Der Landtag stellt fest, dass

- an der erfolgreichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ihre Teilhabe und Mitbestimmung ihren Anteil haben,
- sich das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) und die Personalvertretungsgesetze durch die praktizierte betriebliche Mitbestimmung als Erfolgsgeschichte für die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gleichermaßen erwiesen haben,
- sich die Reform des BetrVG aus dem Jahr 2001 und insbesondere die damit verbundenen verbesserten Freistellungsmöglichkeiten sowie die Erweiterung der Mitbestimmung in Fragen der beruflichen Bildung und der Beschäftigungssicherung bewährt hat,
- die betriebliche Mitbestimmung mit ursächlich für den seit 60 Jahren andauernden sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- sich die Mitbestimmung in der Wirtschaftskrise nicht als Nachteil, sondern vielmehr als ein großer Vorteil für die Stabilisierung und die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen erwiesen hat,
- Mitbestimmung ein Standortvorteil ist.

Der Landtag ruft dazu auf:

- dass alle Beschäftigten in Betrieben mit einem Betriebsrat an den vom 1. März bis 31. Mai 2010 durchzuführenden Betriebsratswahlen teilnehmen,
- dass alle Beschäftigten in Betrieben ohne Betriebsrat initiativ werden, um erstmalig einen Betriebsrat zu errichten, sofern die gesetzliche Mindestgröße von fünf dauerhaft Beschäftigten erreicht ist,
- sich Beratung und Unterstützung für die Betriebsratswahlen bei den Gewerkschaften zu holen.

Der Landtag distanziert sich

- vom Verhalten einzelner Unternehmen, die versuchen, die Gründung eines Betriebsrates durch Schikanen gegenüber ihren Beschäftigten zu verhindern oder die Arbeit eines bestehenden Betriebsrates behindern,
- von den Versuchen einzelner Manager, diejenigen Betriebsräte, die sich täglich für sichere und faire Arbeit in den Betrieben einsetzen, zu diffamieren,

- von der Verunglimpfung der Mitbestimmung durch das Unwort des Jahres „betriebsratsverseucht“, weil die Nutzer damit ein fehlendes Demokratieverständnis zeigen und es nicht unterstützt werden darf, dass Betriebe demokratiefreie Zone werden. Dafür stehen Betriebsräte und die Betriebsratswahlen in diesem Jahr.

Wolfgang Jüttner
Fraktionsvorsitzender